
Notstandsunterstützung für Altersfürsorgetner.

In der Verlautbarung des Wiener Magistrates über die ausserordentliche Notstandsaktion für arbeitslose Wiener, die auch in allen Fürsorgeinstituten angeschlagen ist, ist eine Bestimmung enthalten, die sagt, dass Personen, die eine Altersfürsorgetner beziehen, in diese einmalige ausserordentliche Notstandsaktion für arbeitslose Wiener nicht einbezogen werden. Diese Bestimmung hat zu verschiedenen Missverständnissen Anlass gegeben, vor allem zu der natürlich ganz falschen Meinung, dass die Altersfürsorgetner jetzt überhaupt keine Aushilfen erhalten können. Das Missverständnis erklärt sich daraus, dass die Notstandsaktion für arbeitslose Wiener eine Unterstützung an bestimmte Arbeitslose ist, die ausgesteuert oder mehr als zwanzig Wochen arbeitslos sind; das Ansuchen ist grundsätzlich bei der für jeden Arbeitslosen zuständigen Gewerkschaft und nur von gewerkschaftlich nicht organisierten Arbeitslosen beim Fürsorgerat des Wohnsprengels einzubringen. Diese Organisation ist zur Erleichterung der Kontrolle gewählt worden. Altersfürsorgetner können natürlich nicht in eine so organisierte Notstandsaktion einbezogen werden. Selbstverständlich gewährt die Gemeinde Wien jedoch bedürftigen Personen im Falle ausserordentlichen Notstandes Aushilfen ausserhalb der ausserordentlichen Notstandsaktion für arbeitslose Wiener. Bedürftige Altersfürsorgetner können natürlich solche Aushilfen ebenfalls erhalten. Die Bewerbung um eine derartige Aushilfe erfolgt, wie in allen solchen Fällen, beim Fürsorgerat des Wohnsprengels und beim Fürsorgeinstitut des Wohnbezirkes.

Strom aus Steiermark für Wien.

Heute wurde die 100.000 Volt-Fernleitung, die die Gemeinde Wien im Anschluss an die bereits bestandene Leitung Graz-Ternitz der "Stewag" von Ternitz nach Wien gebaut hat, um Strom aus den Werken dieser Gesellschaft beziehen zu können, in Betrieb gesetzt und damit der Wasserkraft

.....
strombezug aus Steiermark begonnen.

Die rund 60 Kilometer lange, auf Eisenbetonmasten verlegte Leitung besteht aus drei Kupferseilen mit je 120 Quadratmillimeter Querschnitt und hat einschliesslich der dazu-gehörigen Schalt- und Transformatorenstation einen Kostenaufwand von rund 6 Millionen Schilling erfordert. Ueber diese Leitung können bei dem heutigen Ausbau bis zu 45.000 Pferdekkräfte und bei vollem Ausbau das Doppelte übertragen werden. Die "Steweag" wird im Zuge der Fertigstellung ihrer im Bau befindlichen Kraftanlagen die nunmehr aufgenommene Stromlieferung nach Wien bis auf eine Jahresmenge von 80 Millionen Kilowattstunden steigern, wodurch dann bei den städtischen Elektrizitätswerken jährlich zehntausend Waggons Kohle, und zwar vornehmlich ausländische Kohle, erspart werden.

.....
Herstellung der öffentlichen Beleuchtung bei der städtischen Wohnhausanlage Neilreichgasse- Windtenstrasse.

Der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, in den Begrenzungsstrassen und Durchzugsstrassen bei der städtischen Wohnhausanlage in Favoriten, Neilreichgasse-Windtenstrasse, die öffentliche elektrische Beleuchtung einrichten zu lassen. Zur Beleuchtung dieser Strassen sollen nach einem vom Stadtbauamte ausgearbeiteten Entwurf insgesamt 25 Lampen zu 200 Watt ganznächtlig und 20 Lampen zu 200 Watt halbnächtlig verwendet werden. Die für die Installation notwendigen Arbeiten hat der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten bereits vergeben und die nötigen Kosten in der Höhe von 28.800 Schilling genehmigt.

.....
Goldene Hochzeiter.

In der vorigen Woche feierten die Ehepaare Josef und Sophie Fischer und Max und Jeanette Blau das Fest der goldenen Hochzeit. In Vertretung des Bürgermeisters erschien amtsführender Stadtrat Linder in der Wohn- der Jubelpaare, beglückwünschte sie und überreichte ihnen die Ehrengabe der Stadt Wien.

.....
960

da sich sonst in jedem Hause Kalamitäten einstellen. Verschiedene Uebelstände, die bei der Strassenreinigung beobachtet werden, müssen raschestens beseitigt werden. Es wäre auch sehr wünschenswert, die Preise für Dampf- und Wannenbäder in den städtischen Bädern herabzusetzen, um den breiten Massen bei dieser Wirtschaftslage und der ungeheuren Arbeitslosigkeit den Besuch dieser Bäder zu ermöglichen. Zur Frage der Reichsbrücke bemerkt Vizebürgermeister Hoss, es wäre sehr notwendig, mit dem Bund in ernstliche Verhandlungen zu treten. Zunächst hätte der städtische Finanzreferent die Pflicht, sich mit Minister Heigl in Verbindung zu setzen, der ernste Verhandlungen wünsche. In Bezug auf die Wasserversorgung müsse alles vorgesorgt werden, um eine klaglose Belieferung Wiens vor allem mit gutem Trinkwasser sicher zu stellen. Der Bau einer dritten Hochquellenleitung wäre sehr zu erwägen. Nach Vorbringung einiger Bezirkswünsche regt der Redner die Schaffung einer Gartenanlage beim Dr. Lueger-Denkmal auf dem Kobenzl an.

Gemeinderat Binder erklärt, dass die Aktion hinsichtlich der Aufstellung von Abfallsammelkörben vollständig misslungen sei. Die Strassenöhlungen weisen viele Uebelstände auf, denen Beseitigung dringendst notwendig wäre. Bei Strassenherstellungen werde in vielen Fällen ganz systemlos gearbeitet. So werde zum Beispiel Schotter von einer Strasse in die andere geführt, ohne dass man sich im klaren sei, wo eigentlich der Schotter verwendet werden solle. Eine vernünftige Bäderpolitik der Gemeinde wäre im Interesse der Wiener Bevölkerung sehr am Platze. Ebenso wäre eine Verbilligung des Wassers bei Verminderung der hohen Rücklagen im Betrieb Wasserversorgung sehr zu begrüßen.

Gemeinderat Uebelhör bemängelt, dass der Zustand der Wiener Nebenstrassen ein schrecklicher sei. Diese Nebenstrassen zeigen Schäden, die ein Befahren geradezu unmöglich machen. Die Sperrstunden in den städtischen Bädern seien viel zu früh angesetzt. Dadurch werde einem grossen Teile der Bevölkerung die Möglichkeit genommen, ein Bad zu nehmen.

Stadträtin Dr. Motzko kritisiert, dass die in der Verwaltungsgruppe für technische Angelegenheiten geführten Betriebe mit den Aufgaben wirklicher kommunaler Betriebe nichts zu tun haben. Darunter leide gerade in der heutigen Zeit die Privatwirtschaft am allermeisten, da ihr durch diese Betriebe sehr viele Arbeiten entzogen werden. Was die Strassenbeleuchtung anlange, müsse festgestellt werden, dass Wien keine lichte Stadt sei. Die neuen Bogenlampen seien gegenüber den früheren Bogenlampen armselige Lichter. Wien könne sich auf dem Gebiete der Strassenbeleuchtung mit keiner anderen Grossstadt vergleichen. Auch die Kehrichtabfuhr und Müllablagerung lasse sehr viel zu wünschen übrig. Was auf diesem Gebiet geleistet werde, grenze schon an Skandal. Mit den verschiedenen Uebelständen müsse unbedingt aufgeräumt werden. Der Frage der Bekämpfung der Rauchplage müsse ebenfalls das grösste Augenmerk zugewendet werden. Hier liege es bei der Gemeinde, die Initiative zu ergreifen. In Bezug auf die Wasserversorgung wäre es im Interesse Wiens sehr gelegen, die Frage der Errichtung einer eigenen Nutzwasserleitung ernstlich zu erwägen. Die Rednerin verweist darauf, dass der ununterbrochen ansteigende Grosstadtverkehr bald den Bau einer Untergrundbahn notwendig machen werde. Leider sei bisher nicht bekannt, dass sich die Gemeinde ernstlich mit dem Plan der Erbauung einer Untergrundbahn beschäftige, obwohl schon einige Projekte vorliegen. Im allgemeinen könne festgestellt werden, dass die Gemeinde auch in der Verwaltungsgruppe für technische Angelegenheiten die für die Wirtschaft so notwendige Mehrbietung über das Normale hinaus schuldig bleibe.

Gemeinderat Stöger wünscht die eheste Behebung der letzten Sturmgeschäden an den Patronatskirchen der Gemeinde. Er wendet sich gegen die Anbringung gewisser Automaten in den Bedürfnisanstalten. "Der weisse Tod", sagte er, "wütet in einer Weise, dass eine Förderung absolut nicht am Platze ist." Im Strassenbetrieb sei seit 1922 eine Personalverminderung festzustellen. Die Ausgaben seien aber nicht geringer. Der Zustand der Wiener Strassen sei ein schlechter.

Stadtrat Richter erwidert eingehend auf die Vorwürfe der Opposition. Auf dem Gebiete der Wasserversorgung unternehme die Gemeinde alles, was zur Sicherung der geregelten Wasserbelieferung notwendig sei. Das gleiche gelte auch für die Strassenerhaltung und Strassenherstellung. Die Wiener Strassenbeleuchtung sei heute für die anderen Grosstädte schon vorbildlich.

Die Positionen der Verwaltungsgruppe für technische Angelegenheiten werden genehmigt, der Antrag Biber wird der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugeführt.

Die Verhandlungen werden morgen fortgesetzt. Zur Verhandlung kommt die Verwaltungsgruppe für Ernährungs- und Wirtschaftswesen.